

# Umweltgerechtigkeit durch Planfeststellungsverfahren

Welchen Mehrwert hat Robert Alexys Theorie des allgemeinen praktischen Diskurses für die Praxis des Fachplanungsrechts?

UPPW-Vortrag Nr. 57, 14.12.2021

Dr. Lucia Scharpf, M. Sc.

# Hintergrund des Vortrags

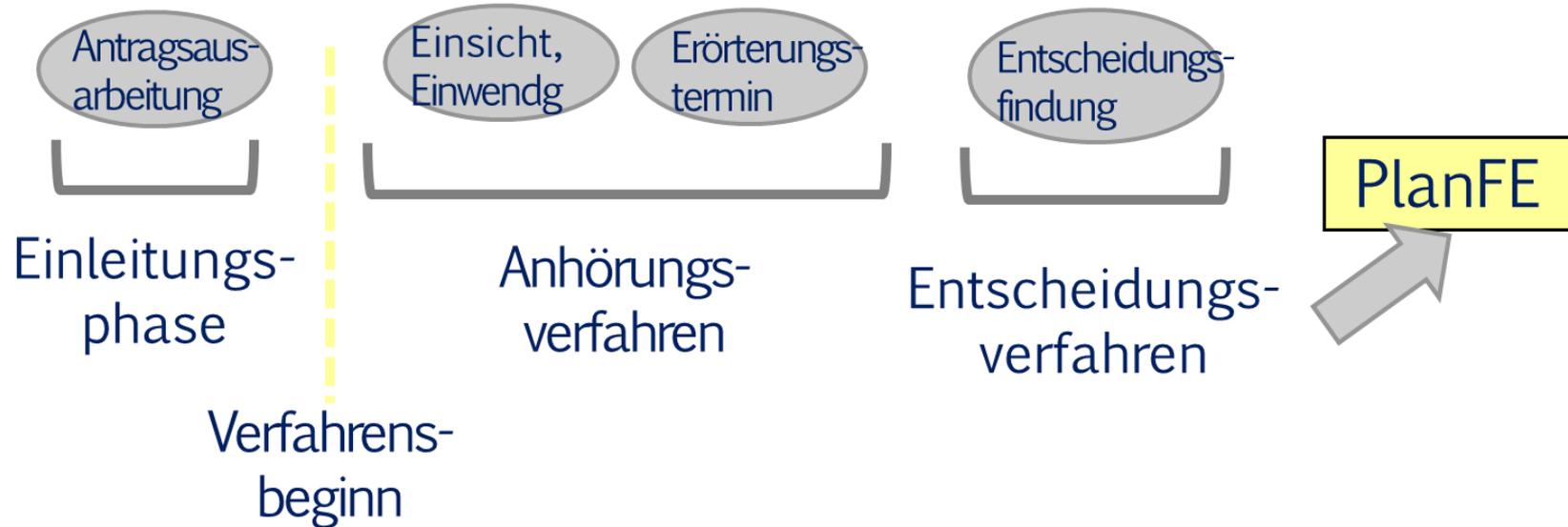
- Beitrag zur Diskussion um Umweltgerechtigkeit in Deutschland
- Gegenstand der Untersuchung:
  - Planfeststellungsverfahren, rechtsdogmatisch und rechtspolitisch.
  - Robert Alexys Theorie des allgemeinen praktischen Diskurses.
- Zentrale Frage:  
Wann sind Infrastrukturanlagen gerecht im Raum verteilt?

# Inhalt

- I. Geltendes Recht: Der Ablauf des Planfeststellungsverfahrens
- II. Robert Alexys Diskurstheorie: Anforderungen an ein richtiges Planfeststellungsverfahren
- III. Rekonstruktion des geltenden Rechts als Diskurs: Praktische Anwendung der theoretischen Anforderungen
- IV. Diskussion

# **I. Geltendes Recht: Der Ablauf des Planfeststellungsverfahrens**

# I. Der Ablauf des Planfeststellungsverfahrens



## **II. Robert Alexys Diskurstheorie: Anforderungen an ein richtiges Planfeststellungsverfahren**

1. Die philosophische Grundlage: Alexys Theorie des allgemeinen praktischen Diskurses
2. Der Ablauf des rechtlichen Planfeststellungsverfahrens:  
Anforderungen auf Grundlage von Alexys Diskurstheorie des Rechts

# 1. Die philosophische Grundlage

Ist die Errichtung einer Deponie am Standort A gerecht?

Theorie des allgemeinen praktischen Diskurses:

Dann, wenn sie Ergebnis eines allgemeinen praktischen Diskurses sein könnte.

# 1. Die philosophische Grundlage

Der allgemeine praktische Diskurs:

- Unbegrenzte Teilnehmerschaft,
- unbegrenzte Zeit,
- vollkommene Zwangslosigkeit,
- vollkommene empirische Informiertheit,
- vollkommene sprachlich-begriffliche Klarheit,
- vollkommene Fähigkeit und Bereitschaft zum Rollentausch,
- vollkommene Vorurteilsfreiheit.

## **2. Der Ablauf des Planfeststellungsverfahrens: Anforderungen auf Grundlage von Alexys Rechtstheorie**

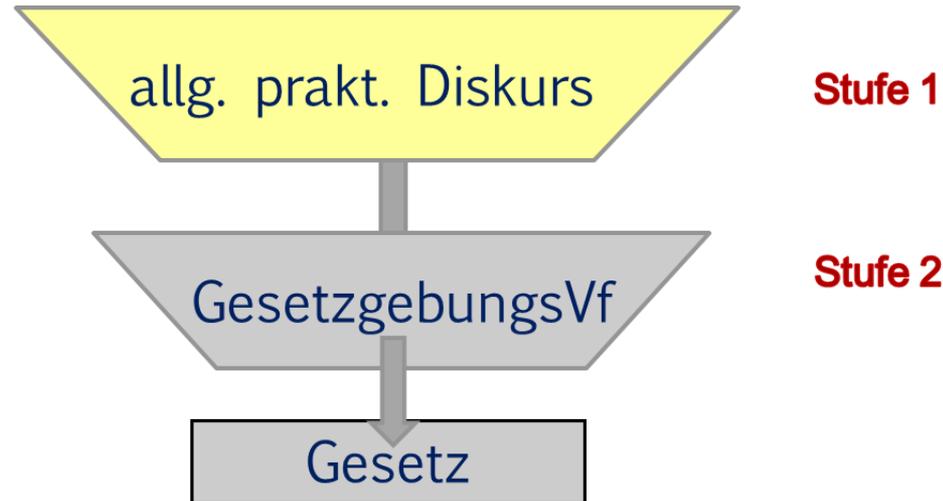
- a. Der unendliche, zwangsfreie Diskurs als Grundlage einer Rechtskonzeption
- b. Rechtstheoretische Anforderungen an den Verfahrensablauf

# a. Der unendliche, zwangsfreie Diskurs als Grundlage einer Rechtskonzeption

Die Richtigkeit einer Rechtsnorm: 3 Anforderungen

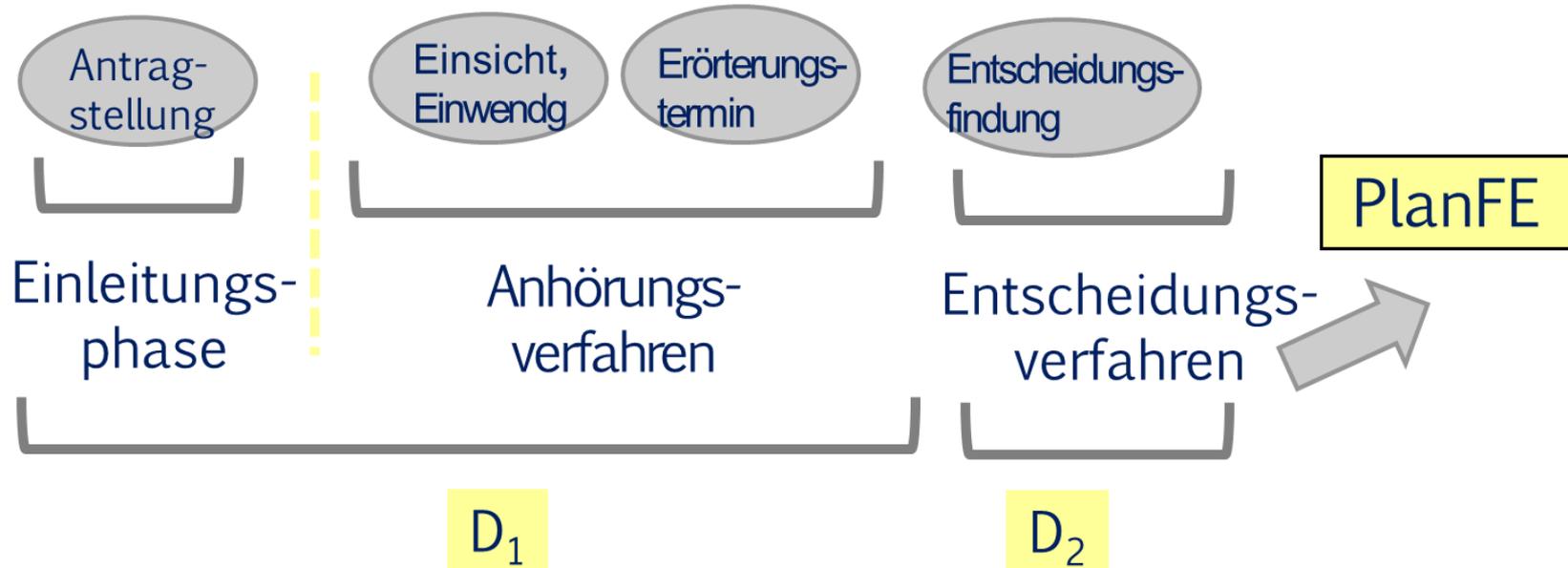
- Inhaltliche Richtigkeit d.h. diskursive Rechtfertigung des Norminhalts
  - Rechtssicherheit
  - Zweckmäßigkeit
- } d.h. Eindeutigkeit und Verbindlichkeit rechtlicher Normen

## a. Der unendliche, zwangsfreie Diskurs als Grundlage einer Rechtskonzeption



Vgl.  
*Alexy, Robert, Theorie  
der Grundrechte, S. 499 f.*

## b. Rechtstheoretische Anforderungen an den Verfahrensablauf



## b. Rechtstheoretische Anforderungen an den Verfahrensablauf

Eigener Vorschlag:

Funktionsadäquate Übersetzung der Diskursbedingungen in das rechtliche Verfahren

- Schritt 1:  
Funktion einer Diskursbedingung im idealen, allgemeinen praktischen Diskurs?
- Schritt 2:  
Größtmögliche Nachbildung dieser Funktion im rechtlichen Verfahren.

## b. Funktionsadäquate Übersetzung

### Unbegrenzter Teilnehmerkreis

- Funktion:

Umfassende normative Erkenntnisgrundlage, alle zur diskursgegenständlichen Frage vertretenen Interessen und Standpunkte müssen zur Sprache kommen.

Hintergrund: Diskurstheoretischer Richtigkeitsbegriff.

- Übersetzung:

Möglichst repräsentative Auswahl der Verfahrensteilnehmer.

## b. Funktionsadäquate Übersetzung

### Unendliche Dauer

- Funktion:  
Bekanntwerden neuer Argumente: Ergebnis muss korrigierbar sein.  
Hintergrund: Diskurstheoretischer Richtigkeitsbegriff.
- Übersetzung:
  - Mindestdauer des Verfahrens
  - Revisibilität, d. h. begrenzte Kontrollmöglichkeit

## b. Funktionsadäquate Übersetzung

### Vollkommene Zwangsfreiheit

- Funktion:  
Offene, kreative Interaktion  
Zursprachekommen von guten Argumenten. Diese: Grundlage richtiger Aussagen.
- Übersetzung:  
Größtmögliche Gleichberechtigung der Verfahrensteilnehmer

## **III. Rekonstruktion des geltenden Rechts als Diskurs: Praktische Anwendung der theoretischen Anforderungen**

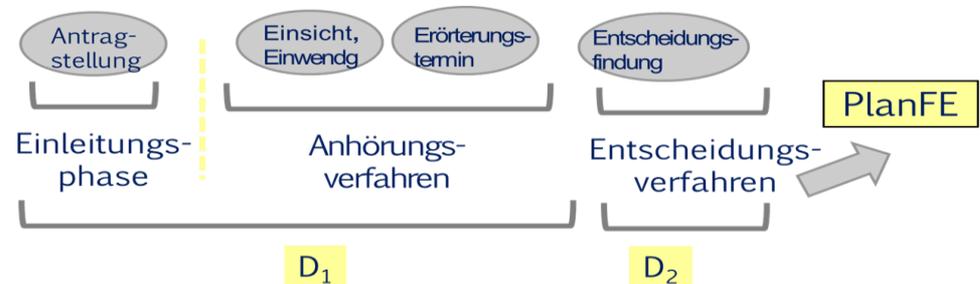
1. Methodische Herangehensweise: Rekonstruktion
2. Die Rollenverteilung im Abschnitt D1
3. Kontrolle von Planfeststellungsverfahren und -entscheidung

# 1. Methodische Herangehensweise: Rekonstruktion

- Ausgangspunkt:  
Geltende Verfahrensregelung
- Beurteilung anhand der theoretischen Anforderungen
- Abgleich mit Regelungsalternativen:  
Stärkere Übereinstimmung?

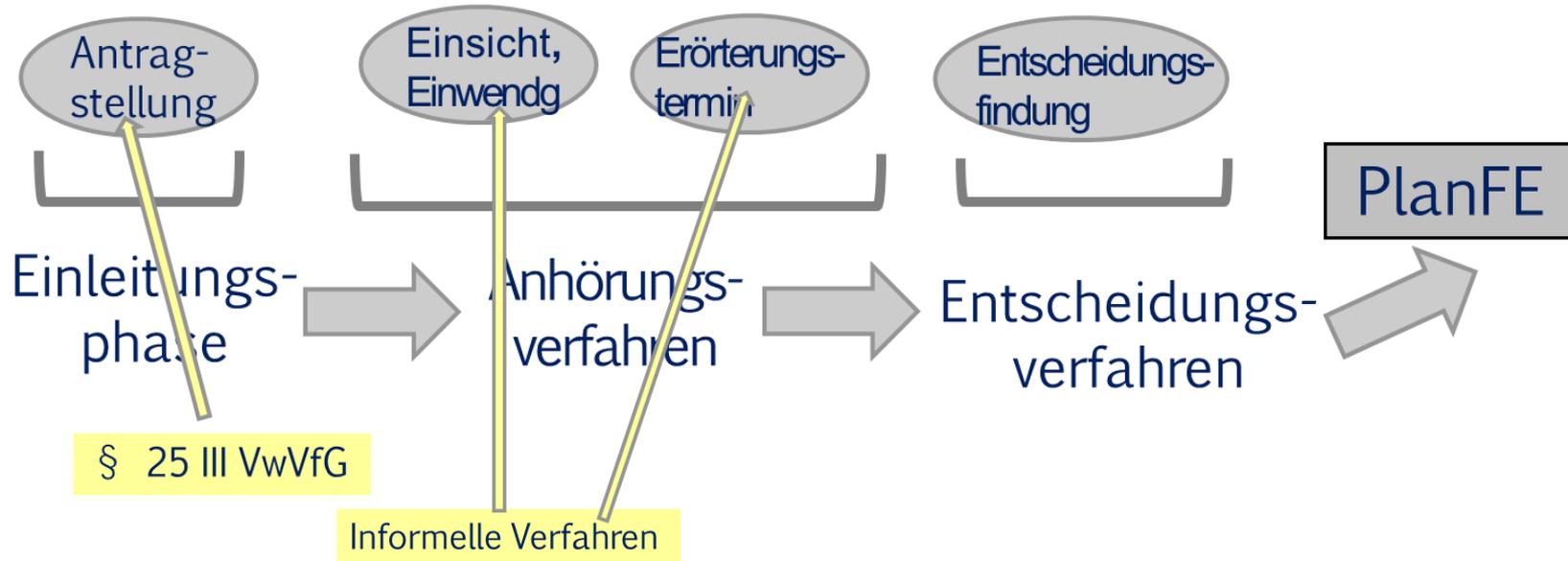
## 2. Die Rollenverteilung im Abschnitt D1

- Ausgangspunkt:  
Zeitliche und inhaltliche  
Dominanz des Vorhabenträgers



- Beurteilung
  - Gleichberechtigung der Verfahrensteilnehmer eingeschränkt
  - Erklärung:
    - Rechtliche Umstände
    - Tatsächliche Umstände

## 2. Rollenverteilung in D1: Regelungsalternativen



### 3. Kontrolle von Planfeststellungsverfahren und -entscheidung

#### Wegfall des Widerspruchsverfahrens

- Mit Widerspruchsverfahren  
Kontrolle des PFB meist allein durch Ausgangsbehörde, § 73 Abs. 1 Nr. 2 VwGO  
Beurteilung: Revisibilität *ohne* Rollenänderung
- Ohne Widerspruchsverfahren  
Kontrolle des PFB durch Gericht. Behörde und Kläger sind gleichgeordnet.  
Beurteilung: Revisibilität *mit* Rollenänderung

## 3. Kontrolle von Planfeststellungsverfahren und -entscheidung

### Wegfall des Widerspruchsverfahrens

- Wegfall einer Kontrollmöglichkeit
- Inhalt dieser Kontrolle: Vor- und Nachteile
- Hinzuziehung empirischer Daten
- Ergebnis:  
Wegfall kein Nachteil unter dem Gesichtspunkt der Revisibilität

**Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**